

Lokales

Nachlassgeber des Historischen Stadtarchivs beklagen Intransparenz

von Nathalie Caesar | 20.09.2012 | 16:58:29 Uhr



Köln | Die Interessengemeinschaft der Vor- und Nachlassgeber des Historischen Archivs der Stadt Köln fordert von der Stadt mehr Transparenz und einen angemessenen Umgang mit den Nachlassgebern in der Aufarbeitung des Einsturzes 2009. Die letzten drei Jahre seien jedoch von wachsendem Misstrauen und dem Eindruck geprägt, die Stadt wolle sich aus der Verantwortung ziehen.

Bergungsquote macht misstrauisch

Die Interessengemeinschaft wirft der Stadt vor, unter einem Deckmantel der Intransparenz zu agieren: Angaben zur Bergungsquote mit konstanten 95 Prozent seit Beginn der Bergungen schaffen mehr Misstrauen als Zuversicht. Ein großer Punkt bleibt die ungenügende Einbeziehung der Nachlassgeber, auch werden diese nicht oder nur unzureichend über den Stand der Bergungen informiert.

Auch zur der Klassifizierung und Restaurierung des geborgenen Materials würden weder Nachlassgeber, noch sonstige Wissenschaftler hinzugezogen. Der Eindruck mangelnden Interesses und fehlendem Verantwortungsgefühl der Stadt gegenüber den Betroffenen musste sich zwangsläufig zum Verdacht erhärten, dass die Stadt die Verjährungspflicht verstreichen lasse, um sich ihrer – möglichen – Verantwortung zu entziehen. Verantwortliche gilt es jedoch noch zu benennen – doch auch da seien die Stadt Köln und die Mitarbeiter des Historischen Archivs spärlich mit Informationsfluss oder auch nur einem Entgegenkommen gegenüber den Nachlassgebern.

„Juristisches Konstrukt“ ist nötig

„Der Vorgang muss endlich in ein juristisches Konstrukt kommen“, so Dr. Oliver König. Und das heißt konkret: der oder die Verantwortlichen müssen ihre Haftpflicht gegenüber den Klägern wahrnehmen. Dazu bedarf es endlich einer genaueren juristischen Aufarbeitung unter Einbezug der Nachlasskläger. Neben der Stadt Köln sind hier noch die KVB und die Arge (Arbeitsgemeinschaft der Baufirmen) zu nennen. In einem Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Köln, Jürgen Roters, hat die Interessengemeinschaft um eine Erklärung auf Verzicht der Verjährungsfrist bis zum 1. Oktober gebeten.

Der Einsturz des Historischen Stadtarchivs bedeutet einen Verlust nicht nur kulturpolitischer und wichtiger zeitgeschichtlicher Dokumente: zahlreiche Nachlassgeber haben in den von ihnen überlassenen Werken ein ganzes Lebenswerk gesteckt. Umso mehr schmerzt die Erben von Nachlassgebern, wenn ihr Erbe und die Dokumente aus den Händen beispielsweise Heinrich Bölls, Paul Celans und des Verlages Kiepenheuer und Witsch nicht angemessen gewürdigt werden. Die Interessengemeinschaft hat sich aus einem Arbeitskreis der Initiative „Köln kann auch anders“ und einzelnen Klägern gebildet.